

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abohnenkungspreis: Vierteljährlich 75 Pf. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einhälftige Seite oder deren Raum 15 Pf.

Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonkurs 7605
Redaktionsstelle: Dienstag Mittag.

M 35.

Köln, den 26. August 1904.

V. Jahrgang.

Berbandsmitglieder! Stärkt den Verband durch Gewinnung neuer Mitglieder! Stärkt den Verband durch Eure Opferwilligkeit! ☺ ☺ ☺

Der Arbeitsnachweis.

Seit Jahren bildet der Arbeitsnachweis ein Kampfobjekt, um das sich Arbeitgeber und -nehmer ernsthaft streiten. Als die Besitzer der Arbeitskraft verlangen die Arbeiter das alleinige Recht der Arbeitsvermittlung, während umgekehrt die Arbeitgeber als die Besitzer der Arbeitsgelegenheit dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. Eigentlich sollte man sich überhaupt weniger darum zanken, auf welcher Seite das Recht zu suchen ist, sondern lediglich die Frage diskutieren: Auf welche Weise kann die Arbeitsvermittlung am besten erfolgen? Die Erkenntnis, den Arbeitsnachweis als Kampfmittel einzugeben, bricht sich denn auch in weiteren Kreisen mehr und mehr Bahn. Statt der einseitigen von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern geleiteten Arbeitsnachweise ist man in der letzten Zeit eifrig bestrebt, solche auf partitärer Grundlage zu errichten. Diese für die gegenwärtigen Verhältnisse glücklichste Lösung der Arbeitsnachweisfrage passt selbstverständlich den Extremen hütten und drüben durchaus nicht. Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung meint zum Beispiel, daß die Forderung nach partitärer Arbeitsnachweise eine berechtigte wäre, „wenn es mit normalen Verhältnissen zu thun hätte, d. h. wenn es den Arbeitnehmern eben nur darauf ankäme, daß Interesse ihrer Schutzbefohlenen im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und Produktionsweise unter Anerkennung der hieraus sich zu erinnenden Verhältnisse des Arbeitgebers in Sachen der Ausbildung ihrer Feste ergebenden Notwendigkeiten zu wahrnehmen.“ So liegen die Dinge aber nicht; vielmehr befinden wir uns infolge des Hinüberspielens rein politischer Momente in die Arbeiterbewegung in einem sich dauernd verschärfenden Kriegszustande, bei dem es sich um die Entscheidung darüber handelt, ob die Arbeitgeber oder die Arbeiter in den industriellen und gewerblichen Betrieben zukünftig zu bestimmen haben. Es ist doch wohl selbstverständlich, daß die Arbeitgeber ihre natürlichen Rechte nach Möglichkeit zu verteidigen suchen. Eins der wenigen Mittel zur Durchführung dieser Verteidigung bildet aber der Arbeitgebernachweis. Denn das partitäre Nachweissystem gibt ihnen keinerlei Mittel, um in der Auswahl ihrer Arbeiter diejenige Vorsicht walten zu lassen, die im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in ihren Betrieben nun einmal geboten ist. Es macht jede Kontrolle unmöglich und begünstigt die Übertragung der sozialdemokratischen Infektion überall dortherin, wo bisher noch leidliche Ruhe und Ordnung herrschten“.

Aus diesen Zeilen geht hervor, daß es den Scharfmachern nur darauf ankommt, den Arbeitsnachweis zu einem Mittel zu machen, um unbedeckte Arbeiter maßregeln zu können. Vor allem sollen die in der Gewerkschaftsbewegung hervorragend thätigen Arbeiter mit Hilfe des Arbeitsnachweises kalt gestellt werden. In welcher Weise dieses Mittel von dem Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen bereits in Anwendung gebracht wird, zeigt folgender Fall:

Ein Metallarbeiter konnte wegen einer Differenz, die er 1892 bei der Firma Schwarzkopff hatte, den Schein des Arbeitsnachweises nicht erhalten und sah sich dadurch veranlaßt, nach Transvaal auszuwandern. Nachdem er sich dort 7 Jahre aufgehalten, es aber zu nichts gebracht hatte, kehrte er in der Hoffnung, das jetzt Gras über der Geschichte gewachsen sei, nach Berlin zurück. In dem Arbeitsnachweis der Ruhmeshäuser aber stellte man schnell fest, daß er vor Jahren mit der genannten Firma Differenzen gehabt hatte. Es wurde ihm da ausgegeben, es sollte mit der Firma sich einigen. Anschließend schien den Angestellten des Arbeitsnachweisbüro selbst die Verfolgung über Jahre hinaus nicht gebeuerlich. Aber der Versuch mißlang! Die genannte Firma verlangte von ihm, der doch nun die langen Jahre weggewesen war, der ihr nur einen Schaden zugefügt hatte, daß er einen Schein unterschreibe, indem er sich verpflichtet, daß er nie wieder gewerkschaftlich thätig sein wolle. Der Mann blieb gegenüber dieser Aufforderung fest und mußte dann wieder auswandern.

Gegen diese Maßregelungsbüros werden selbstverständlich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit antreten müssen. Wenn einzelne Arbeitgebergruppen abholen den Arbeitern nicht das geringste Minderbestimmung,

recht im Arbeitsnachweis einzäumen wollen, und wenn man ferner denselben dazu missbraucht um die Arbeiter zu knebeln, dann soll man sich auch nicht darüber beklagen, wenn die Arbeiter den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen und sich für die Handlungen der Unternehmer zu rächen suchen. Mit Recht schreibt Dr. Freund in der Sozialen Praxis: „Es ist bedauerlich, daß weite Arbeitgeberkreise den Anspruch der Arbeiter auf Vertretung in der Arbeitsnachweisverwaltung nicht anerkennen wollen. Dieser Standpunkt ist ungerecht, denn im Arbeitsnachweis tragen die Arbeiter im wahrsten Sinne des Wortes ihre Haut zu Markte, und nie war ein Anspruch der Arbeiter begründeter als der, auf die Organisierung und Verwaltung dieser Einrichtung einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Auch sollten doch die Arbeitgeber zu der Überzeugung kommen, daß gerade die partitären Arbeitsnachweise, in hohem Maße geeignet sind, den gewerblichen Frieden zu fördern und dadurch ihren eigenen Interessen dienen“. Dr. Freund kommt dann weiter zu der Ansicht, daß, wenn die Arbeitgebervereinigungen sich weiter sträuben gegen die partitären Arbeitsnachweise, er ein Eingreifen des Staates für unabdingbar halte. „Die Allgemeinheit, der Staat hat an der Organisierung und Regelung des Arbeitsmarktes ein sehr großes Interesse; er kann nicht dulden, daß eine derartig wichtige volkswirtschaftliche Institution zum Lummelpalz von Parteileidenschaften, zum gewerblichen Kampfplatz gemacht wird“.

Um zu einem geordneten, sich über das ganze Reich erstreckenden Arbeitsnachweises zu gelangen, schlägt Dr. Freund vor, „im Wege der Gesetzgebung alle Gemeinden über 10 000 Einwohner anzuhalten, für Errichtung von allgemeinen öffentlichen partitären Arbeitsnachweisen Sorge zu tragen, d. h. selbst solche Arbeitsnachweise als gemeindliche Einrichtung zu schaffen, falls nicht die Einrichtung durch gemeinnützige Vereine, wie z. B. im Großherzogtum Baden, in Berlin usw. mit gemeindlicher Subvention zu ermöglichen ist. Ist diese Organisation durchgeführt, ist ganz Deutschland mit einem Netz allgemeiner öffentlicher Arbeitsnachweise umspannt, so sollte man nicht zögern, diese öffentlichen Institute zu privilegieren und jede anderweitige Arbeitsvermittlung zu verbieten. . . Mit einem Schlag würden die schreienden Missstände, welche durch die gewerbsmäßige Arbeitsvermittlung hervorgerufen werden, würde die Unzumme von Hindernissen, welche durch die einseitige Arbeitgeber- und Arbeitnehmernachweise in die Arbeiterbewegung hineingetragen wird, beseitigt sein. Eine klare Übersicht über den gesamten deutschen Arbeitsmarkt würde geschaffen werden und die Möglichkeit des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage für das gesamte Reichsgebiet gegeben sein“.

Der Vorschlag, der hier von Dr. Freund gemacht wird, paßt wie aus der Arbeiter-Zeitung hervorgeht, den Scharfmachern durchaus nicht. Das ist allerdings nicht zu verwundern, wenn man die Alleinherrschaft dieser Arbeitgeber in Betracht zieht. Für die Arbeiter dürfte der Widerstand der Scharfmacher erst recht ein Ansporn sein, überall für partitäre Arbeitsnachweise einzutreten.

So lange aber, wie das Arbeitsnachweiswesen nicht besser geregt ist, wie heute, gilt es für die organisierten Arbeiter, selbst die Arbeitsvermittlung in die Hand zu nehmen. Das ist vor allen Dingen überaus wichtig für unsere Gewerkschaften aus mehrfachen Gründen: Es ist eine bekannte Thatsache, daß die sozialdemokratischen Verbände gerade mit Hilfe ihrer Arbeitsnachweise sich überall auf den Werkstätten einfluss verschaffen und andere Organisationen zurückdrängen suchen. Dem kann unsererseits nur durch eine gleiche Einrichtung entgegen gearbeitet werden. Ferner muß es unsere Aufgabe sein, möglichst schnell unsere arbeitslosen Kollegen in gute Stellungen zu bringen. Und endlich liegt eine schnelle Arbeitsvermittlung für die Verbände mit Arbeitslosenunterstützung im Interesse der Verbandskasse. Die drei hier angeführten Gründe allein sind jedenfalls wichtig genug, der Errichtung

von Arbeitsnachweisen das größte Augenmerk zuzuwenden. Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung ist bis jetzt von den christlichen Verbänden viel zu wenig geschehen. In Zukunft muß das Verkümmerte unbedingt nachgeholt werden.

Zum Schlusse sei noch ein kurzer Hinweis gestattet, wie in den einzelnen Zahlstellen die Arbeitsvermittlung geregelt werden kann. Ist am Orte ein freigestellter Beamter vorhanden, der regelmäßig anwesend ist, so überträgt man diesem, im andern Falle einem Verbandskollegen, die Vermittlung. Letzterer muß dann in den Mittags- und Abendstunden die Geschäfte erledigen. Die Berbandsmitglieder sind fortlaufend — eigentlich sollte dies in jeder Versammlung geschehen — auf den Arbeitsnachweis hinzuweisen und anzuhalten, offene oder voraussichtlich in den nächsten Tagen offen werdende Stellen anzumelden. Dabei ist es notwendig, daß freie Stellen sofort angemeldet werden; wo Telephonverbindung ist, bemühe man diese. Auch dürfe es sich empfehlen, gedruckte mit der Adresse an den Arbeitsnachweis verkehrene Postkarten anfertigen zu lassen, die von den Werkstattdelagierten und Vertrauensmännern stets mitgeführt, im Bedarfsfalle ausgeföhrt und dem Arbeitsnachweis übertragen werden.

Hoffentlich bilden diese Zeilen die Anregung, in allen Zahlstellen dem Arbeitsnachweisweisen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, damit den arbeitslosen Berbandsmitgliedern überall schnell, gute Arbeitsstellen nachgewiesen werden können.

Die Tischlermeister in Braunschweig.

In den ersten Tagen dieses Monats versammelten sich in Braunschweig die Tischlermeister zum 21. Tischlertag und zur zweiten Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes. Auf dem Tischlertag referierte zum ersten Punkt der Tagesordnung Herr Reichstagsabgeordneter Pauli über die sozialpolitische Gesetzgebung. Nach der Fachzeitung bezeichnete er die sozialen Gesetze über Kranken-, Invaliditäts-, Alters- und Unfallversicherung als notwendig im Interesse der Arbeiter, wandte sich aber gegen den weiteren Ausbau dieser Gesetze, insbesondere gegen die Einführung einer staatlichen Witwen- und Waisenversicherung und gegen die Einführung einer Versicherung gegen unverschuldet Arbeitslosigkeit, da die Kosten dieser Gesetzgebung doch nur zum größten Teil die Handwerkmeister tragen müssten. Namentlich gegen ein Gesetz betreffend Versicherung gegen unverschuldet Arbeitslosigkeit müsse energisch Front gemacht werden, denn wenn ein derartiger Entwurf erst an den Reichstag komme, dann sei es zu spät. Durch die erweiterte soziale Gesetzgebung würden Handwerk und Industrie aufs neue sehr schwer belastet. Die Produktionskosten würden verteilt und das deutsche Handwerk und die deutsche Industrie seien dann nicht mehr in der Lage, mit dem Auslande konkurrieren zu können. — Der Tischlertag befürchte seine Nebeneinkünfte mit den Ausführungen des Referenten durch Annahme folgender Resolution:

Der 21. deutsche Tischlertag am 1. und 2. August 1904 zu Braunschweig beschließt folgende Resolution, daß die Einführung der sozialpolitischen Gesetzgebung im Interesse des Arbeiters notwendig war; der deutsche Tischlertag gibt auch zu daß die Gesetzgebung noch verbessерungsbefähigt ist, kann sich jedoch nicht damit einverstanden erklären, daß die Mehrkosten, die aus einer Verbesserung oder gar Verbesserung der sozialpolitischen Gesetzgebung notwendigerweise entstehen müssen, dem Handwerk, wenn auch nur zum Teil, auferlegt werden. Noch weniger kann sich der deutsche Tischlertag mit der Einführung eines Gesetzes gegen unverschuldet Arbeitslosigkeit einverstanden erklären und protestiert im Interesse der gesamten Industrie und des gesamten Handwerks ganz energisch gegen die Einführung eines solchen Gesetzes. Industrie und Handwerk können eine Mehrbelastung nicht ertragen und würden in ihrer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber erheblich zurückgehen.

Über Fortbildungsschulen referierte Herr Wiebler. Seine Resolution wurde abgelehnt und statt dessen folgende angenommen:

Der 21. deutsche Tischlertag ist der Überzeugung, daß die Fortbildung der Lehrlinge in theoretischer Hinsicht notwendig ist, spricht sich jedoch dafür aus, daß die Unterrichtszeit möglichst außerhalb der vorkäuflichen Arbeitszeit gelegt werde".

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung bildeten die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Dieselben passen den Tischlermeistern durchaus nicht. Sie sind, was die Bereitstellung dieser Paragraphen angeht, mit den Gesellen vollständig einig, nur möchten die Tischlermeister an deren Stelle schärfere Bestimmungen gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gesetzt wissen, während die Gesellen gerechte Bestimmungen verlangen.

Endlich sei noch erwähnt, daß, wie gewöhnlich, über die hohen Unfallkosten gekämpft und ferner beschlossen wurde, auf die Bildung einer Mittelstands-Partei hinzuwirken, um dadurch den Handwerkern eine bessere Vertretung in den Parlamenten zu verschaffen. Die übrigen Punkte der Verhandlungen haben für unsere Mitglieder wenig Interesse. Das hier Angeführte dürfte übrigens genügen, die Sozialpolitik der Tischlermeister zu beleuchten: Stillstand der sozialen Gesetzgebung; die Unterrichtszeit der Fortbildungsschulen außerhalb der Arbeitszeit; Verschlechterung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung usw.

Über die Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes konnten wir bis jetzt nur so viel erfahren, daß derselbe sich dem kürzlich in Berlin gegründeten Verein Deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen hat. Ferner, daß der Vorsitzende einen schweren Krach mit den anwesenden Vertretern der Presse heraufbeschwor. Wie aus der Tagespresse hervorgeht, hat nämlich H. Schöning-Berlin sich kurz vor Eintritt der Mittagspause gegenüber den Vertretern der Presse, die der Einladung der hiesigen Tischlerinnung zur Teilnahme an den Verhandlungen entgegneten hatten, in empörender Weise benommen, indem er ganz unvermittelt an den Berichterstattung herantrat, die Vertreter der Presse in maßlos erregter Weise mit beleidigenden Ausdrücken überschüttete, indem er von Unverschämtheit, Frechheit, Dummmheit, Rauschmärschen der Kerle usw. sprach. Die Vertreter der Presse verließen darauf sofort den Saal. Nachträglich hat dann der Arbeitgeberverband durch folgendes Schreiben Abbitte geleistet:

Die Vorstände des Innungsverbandes "Bund Deutscher Tischlerinnungen" sowie des "Arbeitgeberverbandes der Deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen" haben mich beauftragt, Ihnen das lebhafteste Bedauern über die unangemessene Behandlung, welche Ihre Herren Vertreter durch den Vorsitzenden des erwähnten Verbandes erfahren haben, auszusprechen. Wir halten das Vorgehen des Herrn Schöning für um so unbegreiflicher, als Ihr geschätztes Blatt einmal auf Wunsch der obengenannten Vorstände durch Herrn Obermeister Osterloh-Braunschweig, ausdrücklich zu unseren Verhandlungen eingeladen war, zum anderen aber die Art der Berichterstattung nach unserem Dafürhalten keinerlei Anlaß bot, Herrn Schöning in eine so hochgradige Erregung zu versetzen.

Wir bitten Sie, die Verfassung entgegenzunehmen, daß sich kein Mitglied der beiden Vorstände mit dem Vorgehen des genannten Vorsitzenden in dieser Angelegenheit identifizieren kann. Herr Schöning hat infolgedessen sein Amt bereits niedergelegt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

E. Kahradt, Obermeister,
Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der deutschen
Tischlermeister und Holzindustriellen.

Das ist das Ende der Braunschweiger "Tage".

Kundschau.

Wahlrechtstauber. Die im April dieses Jahres in Duisburg gehaltene Gewerbege richtsmahl endigte mit einem glänzenden Siege der christlichen Arbeiter gegen das sozialdemokratisch-hirsch-Dünkerische Bündnis. Gegen diese Wahl erhob nun das "freie" Gewerkschaftskartell Protest mit der Begründung, daß sich Eisenbahnarbeiter an der Wahl beteiligt hätten. Der Bezirksausschuß wies den Protest zurück. Damit begnügten sich die selbstamen Verteidiger des freien Wahlrechts jedoch nicht. Es sollte unter allen Umständen den Eisenbahnarbeitern das Wahlrecht entzogen werden. Man legte deshalb nochmals Berufung gegen den Entschluß des Bezirksausschusses ein. Freiheit die ich meine!

Ein Riesenfaß. Ein kolossales Faß, das jüngst für eine Weinbaugesellschaft in Kalifornien gebaut wurde, wird, wie wir der "Allgemeinen östlichen Zeitung" entnehmen, für lange Zeit — vielleicht sogar für immer — den Ruhm des Heidelbergers tragen, das bis jetzt als das größte und berühmteste aller Faßfänger galt, verdauen. Das kalifornische Faß wurde aus dem Holz eines der riesenhäufigen der amerikanischen Far West geziert, und der Bau dauerte fast drei Jahre. Die Rahmen werden von Reisen gehalten, die fast 8 Meter durchmessen haben. Sie sind aus Stahl erster Güte und wiegen 18.000 Kilogramm. Das kalifornische Faß ist 11,45 Meter hoch und hat in seinem mittleren Teile einen Umfang von 23,50 Meter; es fasst 100.000 Liter mehr als das Heidelberger Faß. Um einen deutlicheren Eindruck von seinen kolossalnen Dimensionen zu geben, wollen wir zum Schluß noch mitteilen, daß am Tage seiner "Einweihung" die Besitzer im Inneren des Fasses ein von vierzig Dienstern aufgetragenes Festmahl von 300 Gedanken gegeben haben.

Gewerkschaftliches.

Zwei weitere Gewerkschaftskomitee sollen demnächst für unsern Verband, wie aus der heutigen Bekanntmachung ersichtlich ist, angestellt werden und zwar hauptsächlich für die beiden Provinzen Rheinland und Westfalen. Fast einstimmig haben die in diesen Landesteilen liegenden Bahnhöfe einen dahingehenden Beschluss gefasst und ebenfalls die erforderlichen Mittel aus dem Anteil der Lokalklassen bewilligt. Die Bereitwilligkeit, womit dies geschehen, läßt erkennen, daß die Kollegen in der großen Mehrzahl die Freistellung als eine Motivwendigkeit begriffen. Bemerk sei noch, daß die Unstimmung auf der vom letzten Verbandstag beschlossenen Basis geschieht.

Der Erfolg in Münster macht dem "Genossen", allem Anschein nach, ist es der ewige Reichstagsdurchfallskandidat, arge Kopfschmerzen. In einer Erwidierung in der Holzarbeiterzeitung behauptet derselbe zum wiederholten Male, daß nur etwa 100 Kollegen eine Aufbesserung ihres Lohnes erhalten hätten, während 300 leer ausgegangen seien. Wums! Dazu wird uns aus Münster geschrieben:

"Die Aussführungen in der Holzarbeiterzeitung betreffend den Erfolg der hiesigen Bewegung ist weiter nichts als eine Lüge. Von unserer Bahnhöfe kommen jetzt 300 Tischlergesellen in Betracht, die in ihrer übergroßen Mehrzahl die vereinbarte Zulage erhalten haben. Wo dies in vereinzelten Fällen nicht geschehen ist, werden wir schon nachholen. Bei denen, die keine Zulage erhalten haben sollen, kann es sich also nur um Mitglieder des "freien" Verbandes und um Unorganisierte handeln. Wenn die "Freien" sich nicht selbst darum bemühen, daß sie die Zulage bekommen, so haben wir keine Veranlassung, für dieselben einzutreten".

Für uns stand es sofort fest, als wir den Erguß in der Holzarbeiterzeitung zu Gesicht bekamen, daß die Behauptung unwahr und darauf zurückzuführen ist, daß der Herr Durchfallskandidat sich nun schon jahrelang in Münster für die Sozialdemokratie abmüht, die Arbeiter jedoch dankend abwinken. Das ist bitter für einen "Genossen" und darum erklärt es sich, weshalb derselbe seinem betrübten Herzen Lust macht. Ein paar Dutzend Unwahrheiten sind dabei schon zu verzeihen. Dem Gegner gegenüber braucht man, nach Raugk, ja nicht wahrhaftig zu sein. Also: "Lüge frisch darauf los, es bleibt was hängen".

Wach hat der "Genosse" auch, wenn er die von uns gezogenen Vergleiche zwischen dem Kampf in Münster und dem in Cassel, Berlin, Hamburg, Crimmitzschau usw. abzuschwärzen versucht, indem er schreibt:

"Dort (also in den Städten, wo die "Freien" den Kampf führten) wurde erst nach monatelangem Kampfe, die Unmöglichkeit eines vollen Sieges einschend, die Forderung reduziert, während die Christen in Münster beim ersten Räuspfern der Unternehmer die Flinte ins Korn waren und davon liefen. Und dies noch, wo in Münster die Position beständig war, daß die Christen, wenn sie nur etwas rückgrätsig gewesen wären, einen wirklichen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätten. Daß der pelunäre Erfolg der Sammlungen, den der deutsche Textilarbeiterverband in Crimmitzschau erzielte, unseren verehrten christlichen Gewerkschaften schwer verdroß hat, glauben wir ganz gern, besonders da sie ihren Mitgliedern verboten hatten, sich an den Sammlungen zu beteiligen".

Der "Genosse" wird uns schon gestatten müssen, daß wir auf seine Prophezeiung, "es hätte in Münster mehr erreicht werden können", nicht hereingefallen sind, sondern die "Genossen", an der Spitze Bebel, als schlechte Propheten eine gewisse Berühmtheit erlangt haben. Gerade in den von uns angezogenen Städten hat es sich gezeigt, was es mit dem "mehr erreichen" nach langem Kampfe auf sich gehabt: Niederlage auf Niederlage. Also: Die christlichen Arbeiter lassen sich von den Genossen nicht an der Nase herumführen, sondern taktieren selbstständig. Führer, denen ein Streik von 14 Wochen, der verloren geht, lieber ist, wie ein solcher, der in 14 Tagen gewonnen wird, bekommen von den christlichen Arbeitern höchstens einen Trupp.

Und nun noch ein Wort zu dem "pekinären Erfolg der Sammlungen für Crimmitzschau." Der "Genosse" verschiebt hier wohlweislich den Kernpunkt der Sache. Nicht die Sammlungen, zu denen, entgegen der Behauptung in der Holzarbeiterzeitung, auch in den "Mitteilungen" die christlichen Arbeiter zum reichlichen Geben aufgefordert wurden (siehe Nr. 2. Jahrg. 1904) haben wir gekennzeichnet, sondern die durch die Sammlungen für den Textilarbeiterverband aufgehäusste Summe und die magere Unterstützung an die Streikenden einerseits sowie die Wahl von 12 Delegierten zu einem Kongress in Mailand andererseits. Das die Unterstützung tatsächlich mager war, ist bei seinerzeit kein geringerer wie Legien selbst:

In den ersten Wochen wurden vier bis neun Mark, und einschließlich des Zuschusses für die Kinder im Höchstfalle zwölf Mark Wochenunterstützung gewährt, je nachdem es sich um Ledige oder Verheiratete, Organisierte oder Unorganisierte handelte. Dann kam die Unterstützung um je eine Mark erhöht und in der ersten Woche des Januar die gleiche Erhöhung gewährt werden. Nunmehr mit rechte die Unterstützung zur nächsten Freistellung des Arbeiters zu.

Mehr wie 800.000 Mr. „gespart“, Unterstützung von 4 bis 9 Mr. 21 Wochen lang, die trotz einer kleinen Erhöhung nur zur nächsten Freistellung des Lebens reichte und 12 Delegierte nach Mailand. Wir danken! Jetzt wird wohl der verstörte Durchfallskandidat in Münster verstehen, weshalb die christlichen Arbeiter sich von ihm und seinen Genossen keine Vorschriften machen lassen.

Vom Kampfplatz gegen die christlichen Arbeiter. Aus Dortmund meldet die Tagespresse über folgenden neuen Terroranschlag:

"An dem Neubau des Althoff'schen Warenhauses, welches am Westenhellweg errichtet wird, arbeiteten neben 115 Bauhülfearbeitern, die dem sozialdemokratischen Hamburger Verbande angehören, auch etwa 15 ihrer Kollegen, die dem christlichen Verbande angehören. Heute Vormittag trat nun plötzlich eine Abordnung der ersten vor die Bauleitung hin und verlangte die sofortige Einlassung der 15 christlichen Arbeiter, wodurch alle übrigen dem sozialdemokratischen Verbande angehörenden Helferarbeiter die Arbeit einstellen würden. Die Bauleitung zögerte zunächst, dem geradzu empörenden Verlangen nachzukommen, worauf thatsächlich alle die Arbeiter in den Streik traten. Die Bauleitung sah sich nun gezwungen, da der Neubau kontinuierlich bis zum Oktober fertig sein muß, dem Druck nachzugeben, sie endlich die christlichen Arbeiter".

Kollegen merkt euch, auch an den Orten, wo die "Genossen" in dieser brutalen Weise nicht gegen euch vorgehen können und deshalb mit Hinterlist und Schmeicheleien euch fallen zu stellen suchen.

Ein allgemeiner Innungs- und Handwerkerntag findet vom 28. bis 30. August in Magdeburg statt. Derselbe dürfte allem Anschein nach sehr interessant werden. Die "Speisefarie" enthält unter anderm: Schutz der Arbeiter gegen frivole Schädigungen seitens der Arbeiter-Organisationen durch Arbeitsentstellungen und Betriebsperren. Schutz der Arbeitswilligen und Bestrafung des Kontraktbruches. Verpflichtung der Berufsvereine und Verbände zum Erfah des Schadens, welcher bei Gelegenheit über aus Anlaß von Außständen und Sperren durch deren Beamte und Mitglieder bezw. durch von denselben gestellte Streikposten verursacht worden ist. Verbot des Streikpostenstehens. Die Stellung des preußischen Handelsministers betreffend die Zugehörigkeit der Innungen zu den Arbeitgeber-Verbänden. Die Arbeitslosenversicherung. Die Tagesordnung von Zusammenkünften erfülltlicher Scharfmacher könnte kaum reichhaltiger gestaltet werden. Ob damit das Handwerk gerettet und den Gesellen Liebe und Lust zum Handwerkerstande beigebracht wird?

Internationale Kongresse. In den letzten Wochen hielten verschiedene "freie" Gewerkschaften internationale Kongresse ab, die Bergarbeiter in Paris und die Holz-, Metall- und Transportarbeiter in Amsterdam, vorausgehend dem ebendaselbst stattgehabten internationalen Sozialistenkongress. Sozialdemokratie und "freie" Gewerkschaften gehörten nach Bömmelsburg ja zusammen, warum sollen dieselben nicht auch ihre Kongresse zusammen abhalten? Im allgemeinen ist bis jetzt auf den früher stattgehabten internationalen Kongressen recht wenig für die Arbeiter herausgekommen. Auch den diesjährigen Kongressen ist eine Bedeutung kaum beizumessen. Die Bergarbeiter stritten sich um die Schaffung eines internationalen Sekretariats, das trotz eifriger Befürwortung der deutschen Delegierten nicht zustande kam. Die Transportarbeiter beschlossen, ihr Bureau nach Deutschland zu verlegen und 6 Pf. pro Jahr und Mitglied an die Bundesklasse zu entrichten. Von den Metallarbeitern wurde die Gründung eines internationalen Metallarbeiterbundes beschlossen, dessen Sitz in Stuttgart sein soll. Pro Jahr und Mitglied will man dafür 20 Schilling erheben.

Auf der Holzarbeiterkonferenz, die aus zehn Ländern durch 23 Delegierte besichtigt war, die 150.670 organisierte Arbeiter vertreten haben sollen, wurde die Gründung einer internationalen Union beschlossen, die ein solidarisches Zusammensetzen der Landesarbeiter erstreben, eine gegenseitige Verständigung über wichtige Fragen herbeiführen, bei Lohnkämpfen den Zugang fremder Arbeitskräfte abhalten und "wenn möglich" die finanzielle Unterstützung besonders großer Streiks vermitteln soll. Für je 100 Mitglieder soll ein Jahresbeitrag von einem Franc erhoben und alle fünf Jahre eine internationale Konferenz abgehalten werden. Die Leitung der internationalen Union wurde dem Deutschen Holzarbeiterverband übertragen, der auch die beiden internationalen Sekretariate stellt. Bei der Beratung der Statuten kam es bei der Frage der Abweitung von Anmeldungen und dem Ausschluß aus der internationalen Union zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber, ob die Gewerkschaften Politik treiben dürfen. Die Holländer wollten keine Politik in den Gewerkschaften, während die Österreicher den Klassenkampfstandpunkt betonten und die Engländer und Belgier erklärten, daß die Beschäftigung der ökonomischen Gegensätze die Gewerkschaften in den politischen Kampf hineintrieben. Es verblieb schließlich bei der Bestimmung des Status, daß Abweitung oder Ausschluß auf "begründeten Gründen" hin erfolgen sollen. Mehrere Delegierte verlangten nach schärferer Formulierung, damit die "alten" Gewerkschaften, die Hirsch-Dünkerischen Gewerkevereine, die christlichen

Arbeitervereine „und andere Streikbrecherverbände“, von vornherein ferngehalten seien. Für die christlichen Gewerkschaften ist es vollständig Wurst, ob so oder so formuliert. Sie werden sich in diese internationale Gesellschaft nicht einmischen. Die christlichen Arbeiter umschlungen das Band wahrer Arbeitersolidarität im christlichen Geiste und nicht das Band der Sozialdemokratie.

Wer fällt den Streikenden in den Rücken? In Nummer 83 vom 13. August berichtet „Der Zimmerer“, das Organ des „freien“ Zimmererverbandes wie folgt aus Einden:

„Die Zimmerer gründeten eine Zahlstelle des Verbandes, um ihre Interessen vertreten zu können, und ihrer eifrigsten Agitation gelang es, die Zahlstelle bis auf 55 Mitglieder zu bringen. Im Frühjahr wurde die Lohnfrage aufgeworfen, und von dem Grundsatz ausgehend, daß der Lohn eines Zimmerers nicht niedriger sein darf als der eines Maurers, wurde ein Stundenlohn von 50 Pf. gefordert. Alle Versuche, mit den Unternehmern auf friedlichem Wege Vereinbarungen zu treffen, scheiterten; der Streik wurde proklamiert. Unter den Bauteilnehmern gärt es auch. Sie forderten einen Stundenlohn von 45 Pf. Da nun die Scheidung zwischen Tischler und Zimmerer keine vollständige war, reduzierten unsere Kameraden ihre Forderung ebenfalls auf 45 Pf., um so eine einheitliche Bewegung zu schaffen. Genug, die Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes kam zu einem Vertragsabschluß mit den Unternehmern im Baugewerbe. Für den Streik der Zimmerer wäre dieser Vertragsabschluß belanglos gewesen, wenn die Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes sich nicht auch verpflichtet hätte, die Zimmerarbeiten wie bisher zu machen. Für die Zimmerer bedeutet dies eine gewaltige Schädigung. Für Tischlerarbeit erhielten unsere Kameraden bisher einen Stundenlohn von 60 Pf. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes haben sich aber vertraglich verpflichtet, diese Arbeiten bis 1. Oktober 1904 für 45 Pf., und vom 1. Oktober 1904 ab für 47 Pf. zu machen. Dazwischen kamen über einen bestartigen Vertragsabschluß, der stattgefunden hat, ohne mit ihnen Verabredung zu nehmen, empört sind, ist begreiflich. Am 7. August beschäftigte sich eine Zahlstellenversammlung mit dieser Angelegenheit. Die in der Versammlung vertretene Ansicht, den Kampf fortzuführen und jeden, der Zimmerarbeiten verrichtet, als Streikbrecher zu brandmarken, fand keinen Anhang, weil ein solcher Beschluss auch die Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes gewaltig belastet haben würde. Es wurde vielmehr beschlossen, den Streik für beendet zu erklären, und wurde jeder Streikende aufgefordert, zu versuchen, zu möglichst günstigen Arbeitsbedingungen in Arbeit zu treten. Der Kampf ist infolge des Vertragsabschlusses des Holzarbeiterverbandes illusorisch geworden. Erreicht wurde nichts.“

Wenn das ein christlicher Verband gemacht hätte, würde unzweifelhaft die ganze sozialdemokratische Presse unter Anwendung ihres gesamten Schimpfwörtervorrats über denselben ein Jahr lang losziehen. Aber so — ?

Lohnbewegung.

An Orten, wo Differenzen ausgebrochen sind, ist der Zugang strengstens fernzuhalten. Wird über den Stand der Differenzen der Verbandsleitung nicht jede Woche spätestens bis Montag Abend Mitteilung gemacht, so fällt die Warnung weg.

Zugang ist fern zu halten von Schreinern, Stellmachern und Zimmerleuten nach Lippestadt. — Von Schreinern nach Bremen. — Paderborn. — Wiesbaden. (Fabrikarbeiter Bayer & Co.) — Herne. — Modell- und Bau-schreinern nach Kall. (Maschinenbauanstalt Humboldt).

Herne. Wie in allen Orten, an denen der Gewerkschaftsgebundene erst seit einiger Zeit Eingang fand, recht unregelmäßige Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, so ist dieses auch hier am Orte der Fall. Bis vor wenigen Jahren stand man hier die 11stündige Arbeitszeit, welche dann auf 10½ Stunden verkürzt wurde, allerdingss ohne dementsprechende Erhöhung des Stundenlohnes. Das letztere, die Erhöhung des Lohnes, nicht durchzusehen war, lag lediglich an den schwachen Organisationen der Gesellen. — Inzwischen nun haben die Kollegen eifrig an dem Ausbau der Organisationen gearbeitet, viele bis dahin Unorganisierte sind den Verbänden beigetreten, sodass heute der weitaus größte Teil der Gesellen organisiert ist. Auf den größeren Werkstätten sind nur noch vereinzelt Kollegen, welche ihres Alters halber, oder aus ähnlichen Gründen einen Verband nicht nötig zu haben glauben. — Weil nun die Kollegen schon längere Zeit die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, eine dementsprechende Lohnherhöhung, sowie die Berücksichtigung einiger weiterer Forderungen wünschten, wurde nach reiflicher Überlegung eine sechsgliedrige Kommission gewählt, welche die Wünsche der Mitglieder in einem kurzen Birkular (Zaristvertrag) zusammenstellte, und das Schreiben am 2. August den Arbeitgebern unterbreitete. Die Kommission gab in dem Schreiben bekannt, dass sie zu jeder Zeit bereit sei, mit den Meistern persönlich zu verhandeln, wie auch in gemeinschaftlichen Sitzungen die Forderungen zu begründen. Eine Antwort wurde bis zum 10. August erbeten. — Das wenigste, welches die Kommission gehofft hatte, traf nicht zu, denn die Herren Meister hielten es nicht für notwendig, auf ein anständiges Schreiben eine einfache Antwort zu geben. Da auch am 11. August bis mittags noch keine Antwort eingegangen war, wurde die Kommission bei den größten Firmen vorstellig, erzielte jedoch kein befriedigendes Resultat. Ebenfalls verließ eine gemeinsame Sitzung, zu der sämtliche 17 Arbeitgeber von einem Meister eingeladen, aber nur 3 erschienen waren, zufriedenlos. — Am Freitag Abend stand nun eine gemeinsame Versammlung statt, in welcher die Kommission Bericht erstattete, und über die zu unternehmenden Schritte beraten wurde. Nach längerer Diskussion, in der anfänglich das Verhalten der Arbeitgeber

kritisiert und besonders das Verhalten eines Meisters scharf unter die Lupe genommen wurde, der die Lohnkommission sofort aus seiner Wohnung verwiesen hatte, wurde beschlossen, am Samstag den 18. August, morgens vor Beginn der Arbeit die Anerkennung einzureichen. Nachdem noch einige Mitglieder der Lohnkommission zu der Sache gesprochen hatten, rückte der Kollege Biggemann, Bochum, einen warmen Appell an die Anwesenden. Er wies darauf hin, daß die Einigkeitlichkeit, welche die heutige Versammlung interessant mache, bewahrt werden müsse. Die Pflege der Solidarität sei eine Hauptaufgabe der Organisationen, und in einer Bewegung gelege es sich so recht, ob die Gewerkschafter diesen Gedanken auszulösen verstanden. Zu der gewählten Lohnkommission müssten die Kollegen volles Vertrauen haben. Letztere haben eine verantwortungsvolle Mission zu erfüllen und sie würde desto eher zum Ziel kommen, wenn sie mit Klugheit und Ruhe zu verhandeln verstände. Von den gestellten Forderungen sagte der Redner, daß dieselben als machvoll und gerecht bezeichnet werden müssten, welche die Meister bewilligen könnten, ohne Konkurrenzfähig zu werden. — Kollegen, nun mehr heißt es, zu zeigen, daß wir ganze Gewerkschafter sind, welche imstande sind, das Angefangene auch zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Düsseldorf. Bei der Firma Schöndorf kam es vergangene Woche zu Differenzen, die zur Arbeitsniederlegung führten. Die Ursache bildete die Entlassung eines Kollegen durch einen Meister, der von den Arbeitern schon seit längerer Zeit als roher Patron, geschildert wurde. Gleich nachdem die Kollegen in den Aussand getreten waren, entließ die Firma den betreffenden Meister. Daraufhin wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Cöln. Am 1. September gelangt bekanntlich laut Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband für das gesamte Schreinergewerbe Cölns die 9stündige Arbeitszeit zur Einführung, mit der Bedingung, daß spätestens abends 6 Uhr Feierabend gemacht werden muss. Die Regelung der Zwischenpausen ist den einzelnen Betrieben überlassen. In einigen hat man bereits die Arbeitszeit so geregelt, daß von morgens 7½ bis mittags 12 Uhr und von mittags 1½ bis abends 6 Uhr ohne Frühstück- und Beserpause gearbeitet wird.

Kalk. In der Modell- und Bauschreinerei der Maschinenbauanstalt Humboldt sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist bis auf weiteres fern zu halten.

Bekanntmachung.

Die Zahlstelle Köln (Tapezierer und Sattler) erhält die Genehmigung, einen wöchentlichen Volksbeitrag von 5 Pf. zu erheben.

Für die ausgesperrten und streiken Verbandsmitglieder gingen an freiwilligen Beiträgen weiter ein: Bremen (2. Rate) 2,80 M., Cleve 5,65 M., Gossenheim (2. Rate) 3,50 M., Wersten (4. Rate) 2,00 M. Früher eingegangen 2598,18 M. Gesamtsumme: 2612,13 Mark.

Zwei Gewerkschaftskreise gesucht! Die Zahlstellen in Rheinland und Westfalen haben beschlossen, je einen Sekretär anzustellen. Nach dem vorläufigen Plan soll für den rheinischen Bezirk der Sitz des Sekretariats nach Düsseldorf und der für den westfälischen nach Essen oder Bochum gelegt werden. Bewerber (Verbandsmitglieder) wollen bis spätestens 6. September ihre Offerte nebst einem selbstgeschriebenen Lebenslauf und einer kurzen Abhandlung über das Wesen und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an die Zentralstelle Köln, Palmstr. 14 gelangen, lassen.

Da sich zur Zeit 11 Verbandsmitglieder an dem Kursus in M.-Gladbach beteiligen, die zum Teil gerne bereit sind, an Samstagabenden und an Sonntagen in den rheinischen und westfälischen Zahlstellen Vorträge zu halten, so bitten wir die Ortsverwaltungen, sich im Bedarfsfalle an Cornelius Ushamer, M.-Gladbach, Biersenerstraße 67, wenden zu wollen.

Kollegen! Vereichert Euer Wissen durch eifriges und gründliches Studium unserer Gewerkschaftslektüre. Insbesondere kann hierzu das neu erschienene Handbuch für christliche Gewerkschaften und das Protokoll des Gewerkschaftskongresses in Essen jedem Mitgliede empfohlen werden. Verlangt diese Schriften überall von den Ortsverwaltungen.

Aus den Zahlstellen.

Schramberg. Die am Samstag den 20. August stattgefundenen Versammlungen veranlaßt mich, auch einmal das Organ in Anspruch und zugleich zur Hilfe zu nehmen, um den faulen Kollegen einen kleinen Wind zu geben. Manchem Kollegen wird es nicht recht behagen wollen, daß man ihn auf diesem Wege an seine Pflichten erinnert; allein was bleibt anderes übrig, wenn man in den Versammlungen nicht erscheint und doch Mitglied sein will und Anspruch auf seine Rechte rechtfertigt. Mit einer Anzahl Verbandsmitglieder, die bloß ihre Beiträge entrichten und sich sonst um ihre Pflichten, die ihnen die Organisation auferlegt, nicht kümmern, ist nicht anzufangen. Ist doch ein Kollege fähig, gegen etwaige gegnerische Angriffe Front zu machen, wenn er nicht weiß, wie es mit seiner Zahlstelle steht, was da besprochen wird, oder

schließlich nicht mal sein Organ liest? Sind solche Kollegen des weiteren berechtigt, über schlechte Zustände auf der Arbeitsstätte sich zu beklagen, wo sie doch selbst zu denen gehören, die nicht einmal zu ihrem eigenen Vorteil ein Werk an Zeit und Geld bringen mögen? Solche Arbeiter, solche Kollegen wollen es nicht besser und verdienen es auch nicht besser. Doch soll sich jeder Kollege nun befreien, seiner Pflichten nachzukommen, damit wir keinen Grund mehr haben, uns öffentlich im Organ über schlechte Versammlungen zu beschweren. Ebenso sei hier erwähnt, daß wir am 19. d. M. einen Unterrichtskursus eröffnet haben und solcher nun regelmäßig alle 14 Tage Freitags im katholischen Vereinshaus stattfindet. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung. Auch soll in der nächsten Versammlung der Kohleneinsatz besprochen werden. Ferner findet ein Vortrag statt. Deshalb alle Mann an Bord im neuen Lokal zum katholischen Vereinshaus. Wenn wir mal den Spruch beherrzen: „Sich halt gar so schlimm, dann wird's anders in Schramberg.“ Doch so lange dies nicht der Fall ist, können wir auch keine Besserung erwarten. Daher frisch auf zur nächsten Versammlung am Samstag den 3. September, wo ihr durch vollzähliges Erscheinen zeigen sollt, daß ihr noch Verbandsmitglieder seid und daß ihr als Arbeiter auch noch wisst, wo ihr allein Hilfe zu erwarten habt.

Villingen. Am 7. d. M. hielt unsere Ortsgruppe Versammlung ab, wozu alle christlichen Vereine eingeladen aber sehr schwach vertreten waren. Als Referent war Kollege Giebler aus Freiburg erschienen und handelte er in 1½ stündigem Vortrage „Ziele und Bestrebungen der Gewerkschaft; Pflichten und Rechte des einzelnen“. Durch schlagende Beweise wies er nach, wie in heutiger Zeit nach Lage der Dinge ein Zusammenschluss der Arbeiter unumgänglich notwendig, ja sogar geboten ist, um gegenüber dem Kapital seine Rechte zu wahren und die gerechten Ansprüche durchzusetzen; wie die Organisation der Faktor ist, der Mittel und Wege an die Hand gibt, um der Willkürherrschaft und der Ausbeutungsfucht Schranken zu setzen, um das zu erringen, was dem Arbeiter nach Recht und Gerechtigkeit gebührt. Er wies nach, wie der Arbeiter ein Recht hat, seine Arbeitskraft, die er als Kapital auf den Markt bringt, so teuer wie möglich zu verwerthen, um so eine angemessene Bezeichnung seines Kapitals zu erhalten. Auch führte er vor Augen, wie die Arbeitgeber sich allerorts organisieren, zusammenschließen, um gegen die Arbeiterfront zu machen und einseitige willkürliche Arbeitsverträge festzulegen zu können. Hierauf ermahnte er noch zu einmütigem Opferwilligen Zusammenhalten in der Organisation, um einst ein unabwendlicher, festgesetzter Machtfaktor zu bilden zum Wohle und Bedenken aller. Zu bedauern ist, daß 2/3 unserer Kollegen es nicht der Mühe wert hielten, diesen lehrreichen Vortrag anzuhören und dadurch die Interesslosigkeit wieder einmal so recht an den Tag legten. Natürlich, so lange dem Schwarzwald das Wasser nicht an den Hals geht, röhrt er sich nicht und kümmert sich um seine Lage wenig. Wenn wird dies endlich einmal besser?

Osnabrück. Allem Anschein nach bringt auch hier am Orte der Gewerkschaftsgewerke unter den christlichen Arbeitern immer mehr durch. Dies beweist das steile, wenn auch langsame Anwachsen unserer Mitgliederzahl. Unsere letzte Mitgliederversammlung war gut besucht. Außerdem war auf Antrag eines Mitgliedes „Erhebung eines Lokalbeitrages“ auf die Tagesordnung gelegt. Nachdem der Antragsteller seinen Antrag begründet und auch in der Diskussion sich sämtliche Redner für Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pf. wöchentlich ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten. Dieselbe ergab folgendes Resultat: 16 Stimmen für 5 Pf., 2 Stimmen für 10 Pf., 2 Stimmen gegen Erhebung eines Lokalbeitrages. Somit haben unsere Mitglieder vom 1. September ab 35 Pf. Beitrag pro Woche zu bezahlen. Wir dürfen hiermit jedenfalls wieder einen Schritt vorwärts gemacht haben, denn nur durch Opferwilligkeit und unermüdliche Agitation unter den Mitgliedern kann unsere immer noch schwache Zahlstelle in die Höhe gebracht werden. Deshalb, ihr Kollegen von Osnabrück, setzt durch unermüdliche Agitation von Mund zu Mund dafür, daß unsere Ortsgruppe bald als ein würdiges Glied in der Reihe des christlichen Holzarbeiterverbandes angesehen werden kann zum Wohle der hiesigen Kollegen.

Recklinghausen. Seit Gründung unserer Zahlstelle zu Beginn dieses Jahres haben wir in unserem Verbandsorgan schon so manches über die Verhältnisse anderer Städte und Orte lernen gelernt. Nehmlich wollen auch wir eine kleine Zusammenstellung der hiesigen Zustände veröffentlichen. Daß wir noch nicht auf dem Höhepunkt stehen, dürfte nicht als auffällige erscheinen, da eine Organisation bis in letzter Zeit vollständig schwach war. Und auch jetzt noch ist der Verstand vieler Kollegen ein großer; denn trotz einer lebhaften Agitation und Auflösungsarbeit konnte eine große Anzahl für die Organisation nicht gewonnen werden. Aber gerade dieses muß uns ein Ansporn sein, im Verein mit den organisierten Kollegen der anderen Berufe die Agitation und Fleißnachheit um so eifriger zu betreiben und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kollege dem Verbande beigetreten ist. Was nun die Arbeitsverhältnisse angeht, so haben wir hier noch mit einer 11 bis 12stündigen Arbeitszeit zu rechnen. Wie sind also von der heute schon vielfach üblichen 9stündigen Arbeitszeit noch sehr weit entfernt. Der Tagelohn, — Stundenlohn kennt man hier nicht — beträgt zwischen 2,50 M. bis 3,00 M. Es ist also manches zu bestreiten hier, was jedoch nur darin möglich ist, wenn alle Kollegen sich organisieren. Mögen die dem Verband fern stehenden Kollegen bald sich unsern Reihen anschließen.

Davos (Schweiz) Samstag den 13. August hielt die christliche Holzarbeitergewerkschaft ihre Hauptversammlung ab, welche vollzählig besucht war. Kollege Künig eröffnete die Versammlung, indem er folgendes aussprach: „Im November 1903 standen 4 Kollegen zusammen und gründeten die Zahlstelle. Der Präsident verwaltete bis zum Februar die Kassier- und Kästnerstelle. Dann unterschrieb man eine Haushaltsgesetz und so zählten wir im J. a. 1904 8 Mitglieder, am

